



Antrag

Antrag Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Implementierung und Umsetzung des Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung ist aufgefordert, auf Grundlage des vom Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches Sachsen-Anhalt (LSpRT) erarbeiteten „Gesamtgesellschaftlicher Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ ein sich auf alle Fachpolitiken des Landes beziehendes rahmengebendes Aktionsprogramm für Sachsen-Anhalt zu erarbeiten. Dieses soll Grundlage für eigenständige Aktionsprogramme in den Gemeinden, Städten und Landkreisen bilden.
2. Dazu hat in jedem Politikbereich durch die jeweils zuständigen Häuser ein Faktencheck zu erfolgen. Unter Einbeziehung des entsprechenden Landtagsausschusses sind die Daten einer Analyse zu unterziehen und Defizite zu identifizieren. Daraus sind zudem Ziele zu entwickeln, die zu einer tatsächlichen Gleichberechtigung unabhängig von der sexuellen Orientierung führen.
3. Vorrangig sind folgende Handlungsfelder in den Blick zu nehmen:
 - Bildung und Aufklärung,
 - Öffentlicher Dialog,
 - Bekämpfung von Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität,
 - Gesetzliche Grundlagen.
4. Das Aktionsprogramm ist in einem dialogorientierten Verfahren zu erarbeiten, in welches die im jeweiligen Handlungsfeld maßgeblichen Akteure und Akteurinnen, insbesondere des Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches Sachsen-Anhalt (LSpRT) einzubeziehen sind.

5. Für das Aktionsprogramm liegt die federführende Verantwortung im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Mitberatend sind der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung, der Ausschuss für Bildung und Kultur und der Ausschuss für Inneres und Sport.
6. Die Erarbeitung des Aktionsprogramms durch die Landesregierung soll nach Maßgabe des nachfolgenden Zeitplanes erfolgen:
 - Zwischenbericht, I. Quartal 2014,
 - Erstellung der Ziele in Umsetzung des Aktionsplanes, III. Quartal 2014,
 - Bericht der Landesregierung zur Umsetzung, I. Quartal 2015.

Begründung

Mit einem Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt bekennt sich Sachsen-Anhalt zu sexueller Vielfalt und zur Akzeptanz queerer Lebensweisen. Es ist bundesweit wie auch in Sachsen-Anhalt eine Zunahme gruppenfeindlicher Einstellungen, u. a. Homo- und Transphobie, zu verzeichnen. Ziel muss es sein, ein Klima des Respekts und der Toleranz in Sachsen-Anhalt zu verankern. In Zeiten, in denen der Begriff „schwul“ wieder zu einem der stärksten Schimpfwörter auf sachsen-anhaltischen Schulhöfen geworden ist, in denen Akzeptanz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften gerade in ländlichen Regionen noch längst kein Alltag ist, ist für die Landespolitik dringender Handlungsbedarf gegeben. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Verbänden und Einrichtungen, einen Aktionsplan gegen Homophobie zu entwerfen. Hierbei ist der vom Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisch Sachsen-Anhalt (LSpRT) erarbeitete „Gesamtgesellschaftliche Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ zugrunde zu legen.

Die Akzeptanz von queeren Lebensweisen lässt sich nicht verordnen. Deshalb bedarf es eines engagierten Wirkens aller Teile der Gesellschaft. Sachsen-Anhalt setzt in diesem Sinne mit dem Landesaktionsplan ein wichtiges Zeichen. Ziel ist, die Gesellschaft für queere Lebensformen zu sensibilisieren, sämtliche Formen der Ausgrenzung und der vorurteilsmotivierten Gewalt zu bekämpfen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement für sexuelle Vielfalt zu unterstützen.

Sachsen-Anhalt folgt dabei dem Beispiel aus Rheinland-Pfalz, Berlin und Nordrhein-Westfalen sowie weiterer Bundesländer, die gleichfalls bereits entsprechende Aktionspläne aufgestellt haben und diese zum Teil schon erfolgreich umgesetzt haben.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Prof. Dr. Claudia Dalbert
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN